

Deutsch-Österreich-Ungarischer Wirtschaftsverband.

A. F. München, 5. Juni. (Priv.-Tel.) Zu der gemeinsamen Tagung des Deutsch-Österreich-Ungarischen und des Österreich-Deutschen Wirtschaftsverbandes, der vierten seit Beginn des Krieges, sind mehr als 600 Teilnehmer, darunter über 100 aus Österreich und 40 aus Ungarn, erschienen. Nach den Begrüßungsansprachen, die gestern Abend von den Vertretern der Behörden und heute von dem Vorsitzenden, Geheimrat Paasche, von den Abgeordneten Friedmann-Wien und dem Abgeordneten Dr. Gray-Budapest, gehalten wurden, sprach als erster Referent zu dem Thema

„Deutschlands und Österreich-Ungarns Wirtschaftsaufgaben nach dem Kriege“

Dr. Gustav Stolper-Wien,

der in seinen Ausführungen den Standpunkt der Zollunion-Anhänger in Österreich ungefähr begründete, wie es kürzlich an dieser Stelle in der Artikelserie „Handelspolitik und Krieg“ geschildert worden ist. Das Wirtschaftsbündnis, das in den ersten Kriegsmonaten der Wunsch einiger kleiner Kreise war, in Deutschland bei den Anhängern des Wortes „Berlin-Bagdad“, in Österreich zunächst bei den deutschnationalen Kreisen, bei denen alte Wünsche wieder wach wurden, muß heute als eine zwingende Notwendigkeit der gesamten Volkswirtschaft anerkannt werden, sofern die eine Voraussetzung klar ist, daß die politische Zusammengehörigkeit Deutschlands und Österreich-Ungarns Dauer haben soll. Denn das bedeutet dann, daß es eigentlich Deutschlands Interesse ist, Österreich-Ungarn politisch und wirtschaftlich stark zu machen, während es für Österreich-Ungarn die Unmöglichkeit bedeutet, anderswo als bei Deutschland wirtschaftliche und damit politische Unterstützung zu suchen und zu finden. Deutschland wie Österreich-Ungarn müssen nach dem Kriege erstens die ungeheuren finanziellen Lasten des Krieges tragen und sie müssen ferner für die Ergänzung der gesamten Rohstoffvorräte sorgen. Beides macht es absolut nötig, die gesamte Handelspolitik auf die Förderung der Ausfuhr einzustellen, und dazu gehört der große innere Markt, der die Produktion zu niedrigen Selbstkosten ermöglicht: für Deutschland, weil Österreich-Ungarn der deutschen Wirtschaft Möglichkeiten bieten kann, die etwas ganz anders sind, als das, was man aus den alten Außenhandelsziffern abliest, und für Österreich-Ungarn, das aus seiner Enge heraus muß, weil der kleine Wirtschaftsrücken die kommenden Lasten nicht zu tragen vermag. Es ergibt sich schon daraus, daß dem Plane Mittel-Europas jede aggressive Tendenz vollkommen fehlt. Gerade die Wiederherstellung der Weltwirtschaftsbeziehungen muß nach dem Kriege die Aufgabe sein. Wer sich jetzt vom Weltmarkt ausschließt, der schließt sich dauernd aus. Über alle Voraussetzungen der bisherigen Handelspolitik sind durch die wirtschaftliche Revolution im Kriege ins Ungewisse gerückt. Es wird wahrscheinlich zunächst unmöglich sein, sich durch langfristige tarifarische Handelsvertragsabmachungen mit dem Auslande auf viele Jahre festzulegen, es wird vielmehr zu einer autonomen Handelspolitik kommen. Das wäre eine handelspolitische Uebergangszeit, und eine Uebergangszeit für die Wirtschaft überhaupt steht uns ja auch insofern bevor, als wir nach dem Kriege unsere Wirtschaft zu ganz gewissen Teilen neu aufbauen müssen. In dieser Uebergangszeit müssen Deutschland und Österreich-Ungarn zusammenwachsen. Denn Zwischenspiele und ähnliches können gar keine Rolle spielen gegenüber den neuen handelspolitischen Mitteln, die in der zu erwartenden Durchorganisation der Wirtschaft (für die Rohstoffeinfuhr, für die Produktion, für den Arbeitsmarkt, für die Valuta und anderes) liegen wird. Wir müssen wirtschaftlich ein Wirtschaftsgebiet werden, müssen es nicht irgendwann, sondern jetzt, gerade jetzt werden. Jetzt können wir zusammenwachsen. Die Form dafür zu finden, ist möglich; wenn man sich auch davon frei macht, daß man irgend eine gewesene Form wiederholt und sich stattdessen darauf einstellt, das Neue in neuer Form zu bilden. Vermeiden wir die Gefahr, daß wir in den neuen Frieden mit den Vorstellungen des alten Friedens hineingehen. Es handelt sich um eine weltgeschichtliche Aufgabe, und wer nach seiner Pflicht zu deren Lösung beiträgt, der kann sich sagen, daß er dabei gewesen sei. (Lebhafte Beifall.)

Der zweite Referent ist

Reichsratsabgeordneter Dr. Gustav Gray-Budapest

Direktor des Bundes der ungarischen Fabrikindustriellen. Der Redner führt aus: Wir müssen der Gefahr vorbeugen, daß man uns nach unseren militärischen Siegen wirtschaftlich erdroffe, müssen uns also künftig mehr als bisher gegenseitig ergänzen. Dieser Gedanke, der rein defensiven Charakters ist, findet auch in Ungarn viel Sympathie unter der Voraussetzung, daß man feste und starke Formen, staatsrechtliche gemeinschaftliche Organe und ähnliches vermeidet und dafür den Leitsatz aufstellt, daß die freien Länder sich auch wirtschaftlich gegenseitig ergänzen und fest zueinander halten sollen, vor allem so, daß jedes das, was es aus dem Auslande beziehen muß, in erster Linie vom Bundesgenossen beziehen soll. Das wird vor allem bei landwirtschaftlichen Produkten möglich sein. Die Produktivität der ungarischen Landwirtschaft ist durch die hohen deutschen Agrarzölle schwer geschädigt worden. Sie wird sehr gesteigert werden können, wenn man unter Aufrechterhaltung des vollen landwirtschaftlichen Zollschutzes nach außen der ungarischen Landwirtschaft auf dem deutschen Markt wieder große neue Möglichkeiten schafft. Denn wir werden auch gegenüber den Balkanstaaten eine bessere Handelspolitik als bisher treiben können. Dafür wird Österreich-Ungarn der deutschen Industrie manchen neuen Absatz bieten. Die österreichische und deutsche Industrie wird sich mit manchem Opfer abfinden können, wenn durch die Intensivierung der Landwirtschaft ihr innerer Markt gekräftigt wird. Denn fest geschlossen für alle Zukunft wollen wir bleiben für alle Fälle! (Beifall.)

Geheimrat Professor Hertner-Berlin,

als dritter Referent betont stark, daß die Bestrebungen auf Herstellung der Wirtschaftsgemeinschaft mit unseren Verbündeten nicht etwa einen schwächlichen Rückzug aus der Weltpolitik, der Weltwirtschaft und der Kolonialpolitik bedeuten sollen. Selbst ein Anwachsen des Verkehrs mit unseren Bundesgenossen um 1½ Milliarden Mark, würde uns noch von der Notwendigkeit nicht befreien, einen Weltmarktabsatz von 8½ Milliarden zurückzugewinnen, und dabei wird die einfache Wiedergewinnung unseres bisherigen Weltmarktabsatzes noch gar nicht genügen, um uns die Lasten des Krieges tragen zu lassen, insbesondere auch nicht um die ungeheuer wichtige Valutafrage nach dem Kriege zu lösen. Deutschland wird nach dem Kriege für mehrere Milliarden Rohstoffe und Anderes einführen müssen. Zur Bezahlung werden uns Forderungen im Ausland, ausländische Wertpapiere und vielleicht gewisse Exportwarenvorräte und anderes dienen können. Aber die Rechnung ergibt, daß wir zunächst dem Weltmarkt weit mehr werden entnehmen müssen, als wir ihm werden liefern können. Wir werden vorübergehend aus einem Gläubigerstaat zu einem Schuldnerstaat werden, werden den Kredit des Auslandes brauchen, zumal wir ja auch unseren Verbündeten werden helfen wollen. Dazu brauchen wir einen festen Kredit im Ausland, vor allem durch den Sieg, den aber auch durch eine schöpferische Finanzpolitik. Die Frage der Kriegsschädigung, die in ihrer ungeheuren Wichtigkeit anscheinend von vielen verkannt wird, kann nur der Kriegsforgang entscheiden. Zweifellos aber ist, daß wir noch weit mehr, als früher, vor den Früchten unseres Gewerbestandes auf den Weltmarkt bringen müssen. Daran haben unsere Bundesgenossen das gleiche Interesse wie wir. Ein System der

genügsamkeit ist für beide Reiche unmöglich. Die Wirtschaftskriegspläne der Gegner brauchen wir nicht allzusehr zu fürchten. Sehr gefährlich wird aber nicht nur für uns, sondern auch für unsere Gegner die Konkurrenz Amerikas werden, aber wenn wir überall unter den gleichen Bedingungen mit Nordamerika konkurrieren, so werden wir uns behaupten können, sofern wir mit der Nationalisierung unserer Arbeit weiter mit allen Kräften fortfahren, um aus dem Bestehenden noch mehr als bisher herauszuholen. Im Friedensvertrag müssen wir uns alle greifbaren Sicherungen gegen jede Benachteiligung unseres Handels sichern, am besten, nach dem Urteil vieler, durch eine wechselseitige Zusicherung der Meistbegünstigung durch die Friedensschließenden auf eine längere Zahl von Jahren. Die Frage ist, wie damit das wirtschaftliche Bündnis mit unseren Verbündeten zu vereinbaren ist. Diese Frage ist theoretisch überhaupt nicht zu lösen. Die Organisation der Volkswirtschaft wird nach dem Kriege ganz anders aussehen als vorher. Wir werden vielleicht auch für die Neuorientierung der Handelspolitik noch eine neue Ordnung sui generis finden. Vor allem aber gibt es für die Annäherung sehr viele andere Fragen als die Zölle. Es kommt auf ein gemeinsames Vorgehen in der ganzen Handels-, Wirtschafts- und Zollpolitik und vieles andere an, auf Zusammengehen bei der Valutafrage, der Rohstofffrage, der Frachtraumfrage und vielem sonst, insbesondere auch bei der Binnenschiffahrtspolitik, bei der übrigens eine Zolldifferenzierung zugunsten der Binnenschiffahrt durchaus diskutabel wäre. Die Hauptsache ist ja das durchdringende Gefühl dafür, daß wir auf Gedeih und Verderb mit einander verbunden sind, das Gefühl des praktischen Solidarismus, das der gemeinsame Krieg erzeugt hat. (Lebhafte Beifall.)

Justizrat Dr. Kahn,

Syndikus der Handelskammer München, erwähnt darauf, die gemeinschaftlichen Fragen der Deutschen und Österreich-Ungarischen Wirtschaft nach Friedensschluß. Er verweist u. a. gleichfalls auf die Rohstofffrage. England ist schon jetzt bemüht, auf Bodenschätze in den verschiedensten Teilen der Welt Beschlag zu legen, es ist eine Art Welthamster, der uns nötigen wird, nicht nur die Freiheit der Meere, sondern auch die Freiheit des Weltbedarfs künftig zu sichern. Dann kommt die Frage, wie wir künftig unseren Außenhandel sichern können. Die Frage der Zollunion scheidet nach Meinung des Redners praktisch aus. Es handelt sich also darum, daß wir auf der einen Seite ein möglichst enges Verhältnis der Verbündeten, auf der anderen Seite die Aufrechterhaltung und Stärkung unseres Außenhandels wollen. Die Meistbegünstigung müssen wir auch künftig erstreben, vielleicht unter weiterer Spezialisierung des Zolltarifs. Die Beziehungen zum Orient, den wir nicht ausbeuten, sondern befruchten wollen, müssen wir gemeinsam pflegen. Aber wir dürfen über der Pflege der östlichen Beziehungen auch den Blick nach dem Westen nicht vergessen. Zum Ausgleich als Wirtschaftskrieg muß uns der Friedensvertrag Ersatz für die Verletzung der Auslandsinteressen und die Wiedereinsetzung in die alten Rechte bringen. Die Androhung des Boykotts nach dem Kriege brauchen wir nicht zu überschätzen. Wir werden ihn überwinden, wenn wir die hohe Pflicht unserer Arbeit aufrecht erhalten. Denn schon jetzt hungert doch die feindliche Welt nach deutschen Waren. (Beifall.)

Darnach tritt eine kurze Mittagspause ein.